

CDU-Regionalverbandsfraktion Nordschwarzwald

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2008

Fraktionsvorsitzender Günter Bächle

Die Verabschiedung des Haushaltsplanes 2008 will die CDU-Fraktion zum Anlass nehmen, jene Schwerpunkte zu beschreiben, die ihrer Meinung nach in der Arbeit des Regionalverbandes Nordschwarzwald wichtig sind, ohne dass sie einen Ausschließlichkeitscharakter haben:

1.

Eine ständige Verpflichtung des Regionalverbandes ist es, an der Umsetzung des Regionalplanes 2015 zu arbeiten. In diesem Zusammenhang müssen wir es als derzeitige Daueraufgabe ansehen, auf den Nachholbedarf unserer Region bei der Verkehrsinfrastruktur hinzuweisen und sowohl Bund als auch Land aufzufordern, für einen besseren Anschluss zu sorgen. Wir müssen raus aus dem Verkehrsschatten.

Wir nennen als anzumahnde Bundesmaßnahmen im Straßenbau vor allem den dringenden Ausbau der B 28 zwischen dem Bereich Freudenstadt, einschließlich dem Tunnel in Freudenstadt (B28/B464), über Horb – ich nenne die Hochbrücke - zur Autobahn A 81, außerdem nennen wir den B-296-Tunnel in Calw zur Entlastung der dortigen Innenstadt sowie den Ausbau der Westtangente in Pforzheim und die Ortsumgehung B 294 Bauschlott. Neben dem Ausbau der A 8 zeigt dies, welcher Finanzbedarf der Bund zur Verfügung stellen muss, was er bisher nur unzureichend tut. Aus einem Schreiben des Staatssekretärs im baden-württembergischen Verkehrsministerium, Köberle, an die CDU-Fraktion im Kreistag von Freudenstadt ergibt sich eindeutig, dass das Bundesverkehrsministerium und damit Herr Tiefensee nun am Zuge ist. Wenn – wie bei der Ortsumgehung Schopfheim – baureife Pläne vorliegen, die aus Mitteln des Landeshaushalts bezahlt wurden, ist der Bund gefordert, für die Finanzierung seiner Baumaßnahme zu sorgen.

Ein besserer Platz auf der Dringlichkeitsliste des Landes für die Planungen bringt nur dann etwas, wenn auch mehr Geld aus Berlin für die Umsetzung der Pläne fließt – das sieht der Herr Verbandsdirektor sicherlich genauso und äußert sich künftig auch entsprechend. Die Investitionsmittel des Bundes reichen bei weitem noch nicht aus, um die Bundesfernstraßenvorhaben des vordringlichen Bedarfs in der angesetzten Laufzeit des Bedarfsplans bis 2015 zu bauen. Es muss unsere Aufgabe sein, darauf immer und verstärkt hinzuweisen.

Dies zu den Bundesstraßen. Was die Landesstraßen betrifft, so erwarten wir, dass wir uns hier im Regionalverband bald darauf einigen können, wie wir die notwendigen Ausbaumaßnahmen dringlichkeitsmäßig ordnen und ans Land geben. Hier wird es auch darum gehen, verstärktes Augenmerk auf Ortsumgehungen zu richten. Wir erinnern an die Diskussion im Heckengäu und in Niefern-Öschelbronn als Folge der steigenden Belastung zwischen Autobahn-Anschlussstelle Heimsheim und Enztal.

Der Nachholbedarf betrifft aber auch die Schiene: Wir müssen daran arbeiten, den Anschluss unserer Region an die TGV-Linie zu verbessern sowie bei Bund und Bahn AG einen Ausbau der Gäubahn zu erreichen, nachdem die Kosten-Nutzen-Analyse für den Planfall 3 gut ausgefallen ist und den gesamtwirtschaftlichen Nutzen dieser Maßnahme betont.

Beteiligen sollte sich der Regionalverband auch an den Diskussionen um den Mautausweichverkehr, unter dem unter anderem die Anlieger von B 10 und B 35 zu leiden haben.

II.

Ein großes Thema in den Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion oder in Ortsteilen und Wohngebieten, die außerhalb von Versorgungskernen liegen, ist die Sicherung der Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs. Natürlich ist uns bekannt, dass die Rechtslage so ist, dass großflächiger Einzelhandel bei 800 qm Verkaufsfläche beginnt und großflächiger Einzelhandel eben in diesen Gemeinden und Wohngebieten derzeit rechtlich nicht möglich ist. Wir denken aber, dass die Grundversorgung nur dann gesichert werden kann, wenn künftig bis zu 1200 qm erlaubt sein werden. Der Verband Region Stuttgart hat in der Vergangenheit einen ähnlichen Vorstoß unternommen. Der CDU-Antrag, ans Land zu appellieren, auf eine Heraufsetzung der qm-Zahl hinzuwirken, wird ja nachher im Planungsausschuss behandelt. Nichtsdestotrotz: Die Anhörung zur Änderung des Kapitels Einzelhandel im Regionalplan 2015 hat zu manchem Verdruss vor allem im ländlichen Raum gesorgt. Es zeigt sich, dass dieser Text in dieser Form nicht zu halten ist und wir einen neuen Anlauf unternehmen müssen. Die CDU-Fraktion erwartet, dass der Verbandsversammlung bald eine neue Ausarbeitung vorgelegt wird, die dann in die Anhörung geht. Die neue Fassung des Verbands Region Stuttgart halten wir für eine taugliche Formulierung, nachdem diese auch endlich die Zustimmung des Wirtschaftsministeriums als oberste Landesplanungsbehörde erhalten hat.

III.

Derzeit läuft die Anhörung zum Teilregionalplan erneuerbare Energie. Just sie, die erneuerbare Energie, kann zum Markenzeichen unserer Region werden und wir sollten den Teilregionalplan nach seiner Genehmigung zu einem Energieatlas Nordschwarzwald fortentwickeln. Dazu gehört auch, die Ergebnisse des Forschungsvorhabens des Bundes über die Potenziale an Biomasse auch in unserer Region einzubeziehen, die bis Ende 2008 von der Hochschule Rottenburg vorgelegt werden. Mit Interesse lesen wir, dass die Bürgermeister von Simmersfeld und Ebhausen einen Ausbau der Windkraft wünschen – wir haben immer gesagt, wir übernehmen die Planungen, die es in rechtskräftigen Flächennutzungsplänen gibt. Es stand jeder Gemeinde frei, hier Bewegung in die Sache zu bringen. Dass ein Vorschlag im Entwurf des Teilregionalplanes, ein Pumpspeicherkraftwerk im Eyachtal zu bauen, vor Ort auf Widerstand stößt, haben wir aufmerksam registriert. Wir verweisen

ausdrücklich darauf, dass es verschiedene Standortvorschläge gab und die Entscheidung erst im Rahmen der Auswertung der Bedenken und Anregungen fällt. Es ist also nichts zementiert. Dass aber noch im Entwurfsstadium des Teilregionalplanes der Wirtschaftsminister des Landes meint, auf eine Anfrage eines FDP-Abgeordneten diesem Vorschlag eine Absage erteilen zu müssen, verstößt gegen die Kleiderordnung und zeigt von wenig Achtung gegenüber der kommunal verfassten Regionalplanung. Zuerst müssen wir erst einmal in der Verbandsversammlung den Teilregionalplan in endgültiger Form beschließen – mit oder ohne Eyachtal – und dann erst ist das Wirtschaftsministerium als Genehmigungsbehörde am Zug.

IV.

Im Haushalt sind vorsorglich Mittel für Projekte im Rahmen der Europäischen Metropolregion Stuttgart aufgenommen worden. Ob sie wirklich gebraucht werden, wird sich zeigen. Nach dem Landesentwicklungsplan besteht diese Metropolregion als eine von sechs in Deutschland aus der Kernregion Stuttgart und Teilen der Regionen Heilbronn-Franken, Neckar-Alb, Nordschwarzwald und Ostwürttemberg. Eine förmliche Verfassung gibt es ebenso wenig wie ein gesetzlich definiertes Aufgabenfeld. Es sollen Konzepte zur Bewältigung der Verkehrsprobleme, zum Klimaschutz, zur internationalen Präsentation des Wirtschaftsstandorts sowie zu Landschaftsschutz und Tourismus entwickelt werden – dies alles auf freiwilliger Basis. Die CDU-Fraktion hat die Mitarbeit in der EMR immer forciert. Dass nun die Zahl der Mitglieder des Koordinierungsausschusses auch für die Nachbar-Regionen von Stuttgart um zwei aufgestockt wurde, ist gut – dass sich aber Heilbronn-Franken und Neckar-Alb auf die Aufteilung geeinigt haben, ohne die beiden anderen Regionalverbände – darunter wir – zu fragen, ist ein schlechtes Zeichen.

V

Trotz EMR entbindet uns das in der Region Nordschwarzwald nicht, das Innen- und Außenmarketing zu verstärken und das Wir-Gefühl zu fördern. Hier regen wir ein zweites Regionalforum an, diesmal im Süden unserer Region, ähnlich wie dem ersten in unserem Oberzentrum Pforzheim. Wir unterstützen ausdrücklich das finanzielle Engagement des Regionalverbandes für die Wirtschaftsförderungs-GmbH Nordschwarzwald und appellieren auch an Städte und Gemeinden, diese WFG durch eine Mitgliedschaft auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen.

Der Regionalverband ist keine Verwaltungs-, sondern eine reine Planungsebene. Das hat unseren Verbandsdirektor zurecht nicht davon abgehalten, sich für Betriebsansiedlungen stark zu machen. Zum Beispiel der Firma Pollmeier. Regionalverband und Enzkreis sowie die Stadt Heimsheim haben gemeinsam bewiesen, dass die notwendigen Verfahrensabwicklungen zu Betriebsansiedlungen beschleunigt werden können. Jetzt kann man nur noch fragen: Kommt Pollmeier – und wenn ja, wann?

Dem Haushaltsplan 2008 mit seinem überschaubaren Volumen stimmen wir zu.

(Verbandsversammlung am 14. November 2007 in Pforzheim)